



Wortprotokoll der 72. Sitzung

Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Berlin, den 3. März 2021, 10:30 Uhr
Videokonferenz

Vorsitz: Mechthild Heil, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

- a) Antrag der Abgeordneten Daniel Föst, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Nachhaltig bauen – Technologieoffenheit stärken – Bezahlbar wohnen

BT-Drucksache 19/26178

Seite 5

Federführend:

Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Mitberatend:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Berichterstatter/in:

Abg. Christian Hirte [CDU/CSU]
Abg. Udo Theodor Hemmelgarn [AfD]
Abg. Hagen Reinhold [FDP]
Abg. Caren Lay [DIE LINKE.]
Abg. Christian Kühn (Tübingen) [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]



- b) Antrag der Abgeordneten Christian Kühn
(Tübingen), Dr. Bettina Hoffmann, Harald Ebner,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Bauwende einleiten – Für eine ressourcen-
schonende Bau- und Immobilienwirtschaft**

BT-Drucksache 19/23152

Federführend:

Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und
Kommunen

Mitberatend:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare
Sicherheit

Berichterstatter/in:

Abg. Christian Hirte [CDU/CSU]
Abg. Udo Theodor Hemmelgarn [AfD]
Abg. Caren Lay [DIE LINKE.]
Abg. Christian Kühn (Tübingen) [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Hagen Reinhold [FDP]



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Heil, Mechthild Hirte, Christian Kießling, Michael Möring, Karsten Pols, Eckhard Schweiger, Torsten Wegner, Kai Weisgerber, Dr. Anja Zeulner, Emmi	Benning, Sybille Haase, Christian Lange, Ulrich Luczak, Dr. Jan-Marco Nicolaisen, Petra Oßner, Florian Simon, Björn Stracke, Stephan Throm, Alexander
SPD	Daldrup, Bernhard Kaiser, Elisabeth Mindrup, Klaus Nissen, Ulli Tausend, Claudia	Bartol, Sören Gerster, Martin Korkmaz-Emre, Elvan Müller (Chemnitz), Detlef Müller, Bettina
AfD	Bernhard, Marc Hemmelgarn, Udo Theodor Magnitz, Frank	Chrupalla, Tino Gottberg, Wilhelm von Spangenberg, Detlev
FDP	Föst, Daniel Reinhold, Hagen Strack-Zimmermann, Dr. Marie-Agnes	Faber, Dr. Marcus Sitta, Frank Todtenhausen, Manfred
DIE LINKE.	Kassner, Kerstin Lay, Caren	Gohlke, Nicole Tatti, Jessica
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kühn (Tübingen), Christian Wagner, Daniela	Habelmann, Britta Schmidt, Stefan



Liste der Sachverständigen

Öffentliche Anhörung zum Thema „Bauwende“,
Anträge auf Bundestagsdrucksachen 19/26178 & 19/23152,
am Mittwoch, 3. März 2021, 10:30 Uhr bis 12:00 Uhr

Michael Basten

Hauptgeschäftsführer Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e. V.

Dr. Ernst Böhm

Gründungsgesellschafter der B&O Gruppe

Prof. Dipl.-Ing. Annette Hillebrandt

Bergische Universität Wuppertal, Fakultät für Architektur und Bauingenieurwesen

Prof. Dr. h.c. Heinrich Köster

Präsident Technische Hochschule Rosenheim

Felix Pakleppa

Hauptgeschäftsführer Zentralverband Deutsches Baugewerbe

Prof. Dipl.-Ing. Eike Roswag-Klinge

Leiter Natural Building Lab, Technische Universität Berlin

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Joachim Schellhuber

Potsdam-Institut für Klimaforschung (PIK) e. V.

Dietmar Walberg

Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e. V.



Tagesordnungspunkt 1

a) Antrag der Abgeordneten Daniel Föst, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Nachhaltig bauen – Technologieoffenheit stärken – Bezahlbar wohnen

BT-Drucksache 19/26178

b) Antrag der Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Dr. Bettina Hoffmann, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bauwende einleiten – Für eine ressourcenschonende Bau- und Immobilienwirtschaft

BT-Drucksache 19/23152

Die **Vorsitzende**: Wir haben jetzt alle technischen Herausforderungen im Vorfeld gemeistert. Dann darf ich Sie begrüßen: Herzlich willkommen zu unserer Anhörung heute! Das ist gleichzeitig die 72. Sitzung, die wir im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen haben. Schön, dass Sie alle da sind. Wir machen das wieder, wie wir das seit einiger Zeit geübt haben, ausschließlich in einer Videokonferenz. Hier im Saal sind nur das Ausschusssekretariat und ich. Ich begrüße die Kolleginnen und Kollegen, auch aus den mitberatenden Ausschüssen. Schön, dass Sie da sind. Ich begrüße unseren Parlamentarischen Staatssekretär, Volkmar Vogel, mit seinem Team – heute auch bei uns in der Schalte. Danke, dass auch Sie hieran teilnehmen. Wir haben die Mitglieder des Ausschusses per Video zugeschaltet und haben nachher noch eine nichtöffentliche Sitzung unseres Ausschusses, die 73. Sitzung. Ich würde die Kollegen dann bitten, hier aus der Sitzung herauszugehen und sich mit dem neuen Link wieder einzuwählen. Das ist einfacher für uns, auch in technischer Hinsicht. Danke.

Dann haben wir die interessierte Öffentlichkeit dabei, die zum Teil zugeschaltet ist. Die Öffentlichkeit kann sich unsere Webex-Konferenz auch später in einer Videoaufzeichnung ansehen. Das finden Sie auf der Bundestagswebseite (bundestag.de/bau). Von uns wird gleichfalls ein Wortprotokoll erstellt, das nachher auch auf der Webseite zu finden sein wird.

Dann begrüße ich die neun Sachverständigen, die sich auch schon alle zugeschaltet haben. Unsere Gäste möchte ich auch alle namentlich begrüßen, in alphabetischer Reihenfolge. Die Kollegen haben die Namen vorzuliegen und Sie kennen die Kollegen wahrscheinlich auch alle, aber die Gäste wissen dann wenigstens, wenn einer von Ihnen als Sachverständiger Antwort gibt, wer das ist. Ich fange an mit Herrn Michael Basten, als erstem in der Runde. Er ist der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden e. V. Dann haben wir Dr. Ernst Böhm bei uns, er ist Gründungsgesellschafter der B & O Gruppe. Dann haben wir – als einzige Frau – Professorin Annette Hillebrandt bei uns, von der Bergischen Universität Wuppertal, aus der Fakultät für Architektur und Bauingenieurwesen. Sie ist auch Diplom-Ingenieurin. Dann haben wir Herrn Professor Dr. h.c. Heinrich Köster bei uns, er ist Präsident der Technischen Hochschule Rosenheim. Wir haben den Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes Deutsches Baugewerbe, Felix Pakleppa, bei uns. Wir haben Professor Dipl.-Ing. Eike Roswag-Klinge als Leiter des Natural Building Lab der Technischen Universität Berlin hier bei uns in der Runde. Vom Potsdamer-Institut für Klimaforschung haben wir Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Joachim Schellnhuber bei uns, auch Ihnen ein herzliches Willkommen. Dietmar Walberg ist bei uns, von der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e. V., auch Ihnen ein Willkommen. Ein herzliches Dankeschön noch einmal von meiner Seite, dass Sie sich bereit erklärt haben, uns heute mit Ihrer Expertise und Ihrem Fachwissen zur Verfügung zu stehen.

Es wird ein Wortprotokoll geben, das habe ich schon gesagt. Sie alle haben schriftliche Stellungnahmen abgegeben, die uns vorliegen, und wir haben zusätzlich noch eine Petition vorzuliegen, die sich auf den Beratungsgegenstand bezieht. Für die Kollegen: Das ist auf Ausschussdrucksache 19(24)274. Wir haben heute nur einen einzigen Tagesordnungspunkt und zwar zwei Anträge. Der erste Antrag kommt von der FDP-Fraktion, zum Thema „Nachhaltig bauen – Technologieoffenheit stärken – Bezahlbar wohnen“. Und der zweite Antrag kommt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Da geht es um das Thema „Bauwende einleiten – Für eine ressourcenschonende Bau- und Immobilienwirtschaft“. Wir haben gesagt, wir verzichten auf die Eingangsstatements und kommen direkt zur Fragerunde. Wir kommen bestimmt mit



zwei Fragerunden hin. Wir machen es so, wie sonst auch immer: Wir machen Fünf-Minuten-Fragerunden, das heißt die Kollegen stellen eine Frage oder zwei Fragen an einen Sachverständigen oder an zwei Sachverständige eine Frage und mit den Antworten sollen es dann insgesamt ungefähr fünf Minuten sein. Also noch einmal eine herzliche Bitte an die Kollegen: Möglichst kurze Fragen stellen, damit die Sachverständigen lange antworten können. Es ist nett, wenn Sie uns schon bei der Fragestellung sagen, wen Sie anfragen, dann ist es für uns, für die Technik, ein bisschen einfacher. Natürlich haben wir auch Kollegen aus anderen Ausschüssen da, die natürlich ebenfalls Rederecht haben. Die Redezeit wird auf das Kontingent Ihrer Fraktion angerechnet, das kennen Sie. Bitte stimmen Sie das mit den Kollegen Ihrer Fraktion ab.

Darüber hinaus haben wir interessierte Zuhörer als Gäste bei der Videokonferenz zugeschaltet. Sie können gerne zuhören, Sie können uns auch sehen, aber bitte: Sie sind nur passive Gäste hier. Sie dürfen sich nicht zu Wort melden und auch sonst keine Äußerungen machen, weder positiv noch negativ. Und ich würde Sie sogar bitten, Ihr Bild auszuschalten. Dann haben wir weniger Bilder bei uns in der Technik und können besser direkt auf die Fachleute zurückgreifen, denen wir dann das Mikro freischalten wollen. Sie müssen das nicht tun, aber es wäre furchtbar nett. Sie würden uns damit helfen, wenn Sie Ihre Kamera ausschalten. Vielen Dank an die Gäste.

Dann kommen wir jetzt in die erste Fragerunde. Wir starten mit der CDU/CSU-Fraktion und gemeldet wurde mir, dass hier Herr Hirte die erste Frage stellt.

Abg. Christian Hirte (CDU/CSU): Vielen Dank. Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es gibt dem Grunde nach Einvernehmen und Verständnis darüber, dass wir eine massive CO₂-Minimierung in der Bauwirtschaft brauchen. Deswegen geht meine Frage gleichlautend sowohl in Richtung BBS (Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V.), an Herrn Basten, als auch an den ZDB (Zentralverband Deutsches Baugewerbe), an Herrn Pakleppa. Sie haben ja, Herr Basten, selbst darauf hingewiesen, dass wir – bei Technologieoffenheit – die Dekarbonisierung der Baustoffproduktion anstreben müssen. Die Fragen an Sie beide sind: Wie können wir das erreichen? Welche Rolle, um eine sinnvolle Lenkungswirkung

zu erzielen, spielt dabei eine Abgabe? Wie kommen wir in Richtung einer stärkeren Nutzung von Recyclingprodukten und Recyclaten? Dankeschön.

Die **Vorsitzende:** Danke schön. Sollen wir mit Herrn Pakleppa anfangen? Danke.

Felix Pakleppa (ZDB): Guten Morgen. Vielen Dank, Frau Heil. Ich bin ja froh, dass ich zur Recyclingquote und nicht zur Impfquote sprechen kann. Herzlichen Dank dafür. Herr Hirte, ich habe die Frage so verstanden, dass es darum ging, ob wir mit einer Abgabe für die Verwendung von Primärrohstoffen die Recyclingquote erhöhen können. Ich habe dabei erhebliche Bedenken, weil wir glauben, dass mit einer Abgabe auf Baustoffe das Bauen noch teurer würde und wir auch keine richtige Lenkungswirkung in Richtung RC-Baustoffe haben. Wir haben oft das Problem, dass eine Substitution von Primärrohstoffen nicht möglich ist, da ortsnah nicht genügend RC-Material zur Verfügung steht. Insgesamt haben wir bei dem RC-Material nach wie vor ein erhebliches Akzeptanzproblem. Viele Auftraggeber, auch die öffentliche Hand, empfinden RC-Material immer noch als Abfall oder als Baumaterial zweiter Wahl, das nicht gerne genommen wird. Wir haben in einzelnen europäischen Ländern Abgaben oder Steuern auf Primärbaustoffe. Bis auf in Großbritannien funktioniert das in keinem europäischen Land vernünftig. Woran liegt das? Weil Primärrohstoffe aus anderen Ländern importiert werden können. Wir haben Importe von Rohstoffen aus Frankreich, aus Polen, aus Österreich. Das würde zu erhöhten CO₂-Ausstößen durch mehr LKW-Verkehr führen, den wir nicht brauchen können. Und wir stellen fest, dass zum Teil mittlerweile, außerhalb des europäischen Emissionshandels, auch Beton aus der Ukraine angefahren wird, was ökologisch absoluter Unsinn ist.

Wenn wir die Quote von Recyclingbaustoffen deutlich steigern wollen, müssen wir an die Ausschreibung von Baustoffen heran. Es muss regelmäßig neben Primärbaustoffen auch RC-Baustoffe ausgeschrieben werden. Das muss deutlich vereinfacht werden und wir brauchen im Bereich des RC-Baustoffes vereinfachte Güteklassen. Diese müssen unabhängig zertifiziert werden, damit Architekten oder Ingenieure die Sicherheit haben, dass sie RC-Baustoffe problemlos und genauso gut nehmen können wie anderen güteüberwachten und kontrollierten Baustoff. Das findet im Moment noch nicht genug statt. Wir haben Zertifizierungen im Bereich



der Bauwirtschaft, das kennen Sie, bei ISO (Internationale Organisation für Normung), bei Präqualifikation, bei nachhaltigem Bauen. Wir brauchen ein vergleichbares, akzeptiertes System mit guten Güteklassen für RC-Baustoffe insgesamt in der Bauwirtschaft und die Ausschreibungen müssen in diesem Bereich deutlich vereinfacht werden.

Mein letztes Wort: Wenn sie zum Beispiel Beton ausschreiben - nehmen wir beispielsweise eine Kommune, die einen Kindergarten baut, dann sind der Keller, die Bodenplatte und vielleicht das Treppenhaus aus Beton, der Rest ist aus Ziegeln oder aus Holz – dann muss der Beamte, beim Primärbau- stoff Beton hinschreiben: „Ausgeschrieben ist Orts- beton als Normalbeton, nach der deutschen DIN 1045 und der europäischen DIN 200.61.“ Wenn er allerdings auch Recyclingbeton ausschreiben will, dann muss der gleiche Beamte hinschreiben: „Aus- geschrieben ist Beton als Normalbeton nach DIN EN 206 oder DIN 1045-2. und es kann auch, soweit zulässig, unter der Verwendung rezyklierte Ge- steinskörnungen nach DIN EN 12620, zweite Erfas- sung 2013, in den maximal zulässigen Anteilen nach DAfStb-Richtlinie Beton nach DIN EN 206 und DIN 1045.2 mit rezyklierten Gesteinskörnun- gen nach DIN EN 620 [...] Anforderungen an den Beton für die Bemessung nach DIN EN hergestellt werden. Die sonstigen Regelungen müssen eingehalten werden, ebenso die Alkalirichtlinien des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton“ und so weiter. Sie können sich gut vorstellen, dass die Be- reitschaft, RC-Material auszuschreiben, im Moment bürokratisch ziemlich gehindert ist, weil es viel einfacher ist, den einfachen Satz ohne RC-Baustoffe zu nehmen, und weil das dann auch noch von der Behörde kontrolliert werden muss. Wenn Sie ein- fach nur Primärbaustoff ausschreiben, bekommen Sie den Lieferschein und sehen: Es ist alles in Ord- nung.

Wichtig ist auch noch, als letzter Satz von mir: Die Transportkosten beeinflussen die Preise für die Ge- steinskörnung am stärksten. Solange wir kein flä- chendeckendes Netz von Recyclinghöfen haben, wo ich das herbekommen kann, haben wir das Problem, dass man die Gesteine und die Körnung irgendwo anders günstiger herbekommen kann. So- lange bekommen wir das RC-Material nicht wirk- lich marktfähig.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Jetzt Herr Basten.

Michael Basten (bbs): Vielen Dank. Ich kann mich eigentlich nur dem anschließen, was Kollege Felix Pakleppa gesagt hat. Zunächst ein paar Hinweise zum Rezyklieren. Sie wissen, wir veröffentlichen immer einen Monitoring-Bericht „Mineralische Bauabfälle“. Da muss man sagen, dass das Aufkom- men, gerade bei den körnigen Fraktionen, zu rund 95 Prozent ausgeschöpft wird. Trotzdem sehen wir noch erhebliche Potenziale, die wir auch heben wollen. Es gibt etliche Projekte, etwa zu Recycling- beton, kurz R-Beton. Von Downcycling würden wir im Moment noch nicht reden, weil, auch wenn Ma- terial vom Hochbau in den Tiefbau ginge, in jedem Fall Primärrohstoffe ersetzt werden. Insofern sehen wir im Moment keine Lenkungswirkung von Roh- stoffabgaben. Ich habe mich damit selbst sehr lange beschäftigt. Das kann man dann auch noch einmal näher diskutieren. Im Moment sehen wir jedenfalls keine Lenkungswirkung. Wir sehen eher, dass wir die Anreize verbessern müssten, etwa durch eine zügige Verabschiedung der Mantelverordnung, da- mit hier mehr in den Markt kommt. Das Potenzial ist da, unsere Unternehmen arbeiten sogar verstärkt daran, und ich glaube, wir werden da in Zukunft noch mehr machen können. Die Potenziale sind nicht gering, sie gehen in den zweistelligen Millio- nenbereich. Da wollen wir auf jeden Fall heran. Ich möchte in dem Zusammenhang allerdings auch da- rauf hinweisen, dass eine Rohstoffabgabe noch an- dere Funktionen haben soll, zum Beispiel in Rich- tung Renaturierung. Hier nur kurz: Wir haben er- hebliche Kompensationspflichten. Es ist von der Bundesregierung, von der Landesregierung in Ba- den-Württemberg, von der EU-Kommission und auch von Umweltverbänden ausdrücklich aner- kannt, dass wir über die Kompensationspflichten hinaus viel für die Biodiversität in unseren Stein- brüchen und Gruben tun. Ich glaube, das ist vor- bildlich. Hier könnte man auch international eini- ges machen. Die großen Unternehmen bei uns, die international tätig sind, machen das übrigens auch überall auf der Welt.

Vielleicht noch kurz ein Hinweis zur Dekarbonisie- rung, das ist mir auch wichtig, denn das ist im Mo- ment die größte Baustelle in der mineralischen Baustoffindustrie. Wir sagen: Wir brauchen hier Technologieoffenheit wegen des Innovationswett- bewerbs um die beste Lösung. Alle Baustoffe müs- sen da ran. Es gibt sehr schöne Bewertungssysteme, die man ausbauen sollte und die in den Anträgen auch adressiert sind – Stichwort DGNB (Deutsche



Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen), Stichwort BNB-System (Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen für Bundesgebäude), vielleicht auch Level(s) auf EU-Ebene. Da geht es darum, dass man nicht nur den Materialaufwand sieht, sondern auch den Nutzen gegenüberstellt und zwar im gesamten Lebenszyklus von Bauwerken. Zugleich müssen wir in der Produktion unsere Hausaufgaben machen, ich sagte es bereits. Das gilt insbesondere für die CO₂-Minderungen. Hier liegen bereits konkrete Roadmaps vor, von der Zementindustrie, von der Kalkindustrie, in Kürze auch von der Ziegelindustrie. Kalksandstein wird auch noch in Kürze folgen. Auch hier spielt Technologieoffenheit eine wichtige Rolle. Warum? Weil wir die Dekarbonisierung der Baustoffproduktion, die teilweise auch öffentlich gefördert werden soll, nicht durch Wettbewerbsverzerrungen am Baustoffmarkt konterkarieren sollten. Wir werden sehr viel investieren müssen. Dabei geht es nicht nur um energiebedingte, sondern auch prozessbedingte Emissionen, die in der Zementindustrie zwei Drittel der CO₂-Emissionen ausmachen, also sozusagen technisch bedingt sind. Die vollständige Dekarbonisierung wird nur mit Abscheidungen, Speicherungen und Nutzungen – Stichwort CO₂-Kreislaufwirtschaft – gelingen. Auch da sind wir dran. Wir finden hier die Vorschläge von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilweise sehr zielführend – Stichwort Innovationsförderung, Stichwort Integration negativer CO₂-Emissionen, die durchaus möglich sind im Zement- und Kalkbereich und im Immissionshandel sehr wichtig sind. Was wir nicht akzeptieren werden, wir haben das auch dem Antrag der Grünen entnommen, ist die Kritik an den Entlastungen bei der Energie- und Stromsteuer. Wir müssen jetzt viel investieren, brauchen viel Investitionssicherheit. Gerade bei Strom, das ist für uns die Transformationsenergie, werden wir deutlich mehr brauchen und zwar grünen Strom und deswegen halten wir das jetzt nicht für zielführend. Die Energie- und Stromsteuerentlastungen sind im vollen Einklang mit den Vorgaben der EU. Unser Leitinstrument ist auf europäischer Ebene der Emissionshandel für Industrieanlagen und Energiewirtschaft und auf nationaler Ebene der gerade eingeführte nationale Brennstoffemissionshandel. Mehrfachbelastungen machen aus unserer Sicht keinen Sinn. Wir müssen aber darüber diskutieren, wie man die Komplexität des Energie- und Stromsteuer- und auch des Im-

missionshandelssystems, EEG-Umlage und ähnliches, in ein konsistentes System weiterentwickelt. Dazu sind wir auf jeden Fall bereit. Nochmals: Uns ist klar, wir müssen bei den Ressourcen etwas tun und wir müssen beim Klimaschutz etwas tun.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön, Herr Basten. Ich glaube, ich muss noch einmal das Verfahren ein wenig erklären. Fünf Minuten für Frage und Antwort haben wir gesagt. Jetzt waren die Antworten schon immer fünf Minuten und weil wir es gerecht machen wollen, haben die Kollegen der nachfolgenden Fraktionen natürlich jetzt auch Gelegenheit, ein bisschen ausführlicher zu antworten. Aber, wenn wir so weiter machen, schaffen wir nur eine Runde. Also, fünf Minuten Frage und Antwort. Der nächste Fragesteller wäre Herr Hemmelgarn, bitte.

Abg. Udo Hemmelgarn (AfD): Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, meine erste Frage geht an Herrn Walberg. Wenn man den Antrag der Grünen liest, stößt man auf allerlei Erstaunliches. Der Antrag fordert unter anderem, den Einsatz von nachwachsenden Baustoffen zu fördern. Es werden Stroh, Hanf, Thypha, Seegrass und sogar Pilze genannt. Das finden wir natürlich faszinierend, aber es ergeben sich dazu auch mehrere Fragen. Sind die Dauerhaftigkeit und die Langlebigkeit der genannten Materialien als Baustoffe bereits ausreichend erforscht, so dass man ernsthaft über einen Einsatz als Baustoff nachdenken kann? Gib es dazu Erkenntnisse? Können diese Materialien überhaupt in den benötigten Mengen zur Verfügung gestellt werden, wenn die Bauindustrie sie als Baustoffe auf breiter Front einsetzt? Kann man sagen, welche Preise sich bei einem Einsatz auf breiter Front ergeben würden? Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Danke schön, Herr Hemmelgarn von der AfD-Fraktion. Herr Walberg hat das Wort.

Dietmar Walberg (ARGE e.V.): Vielen Dank. Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, das Thema nachwachsende Rohstoffe ist für uns mit einer hohen Affinität verbunden, das muss ich ganz ehrlich sagen. Wir sind vor 75 Jahren gegründet worden, um den Lehm- und Ziegelbau in diesem Land voranzutragen. Das war damals ein wichtiger Ersatzbaustoff für die nicht vorhandenen Baustoffe und wir beschäftigen uns tatsächlich seit dieser Zeit damit. Das ist nicht etwas, was 90 Prozent unserer Tätigkeit ausmacht,



aber es schwingt sozusagen immer mit. Wir haben vor 16 Jahren ein Netzwerk mit Schwerpunkt beim Einsatz in den Dämmstoffen gegründet, was sich zum einen auch mit Hightech-Materialien, aber zum anderen auch tatsächlich mit der Frage von Hanf und Stroh und sonstigen Materialien beschäftigt. In Kurzfassung: Das ist nach wie vor ein Nischenthema, das mit Ressourcen, mit Logistik, mit Verfügbarkeit zusammenhängt. Wir haben auch in der Wohnraumförderung – wir sind Teil der sozialen Wohnraumförderung eines Bundeslandes mit öffentlichem Auftrag – gelegentlich Projekte, bei denen bestimmte Produkte zum Einsatz kommen, bei denen wir dann versuchen, diese trotz ihrer Unwirtschaftlichkeit mit zu fördern. Aber einen kurzfristigen Einsatz, insbesondere beim Wohnungsbau, halte ich für komplett unrealistisch. Das muss man langfristig entwickeln. Es gibt bestimmte Baustoffe, die zum Beispiel auch im Zusammenhang mit High End-Gebäuden, Stichwort „Passivhaus“ mit einem weichen Lehmputz innen, als wunderbarer Beitrag zur Raumbiologie und solchen Themen spannend sind. Aber als Ersatz für Primärbaustoffe, speziell um die Rohbaukonstruktion zu errichten oder solche Dinge, ist das ein Zukunftsthema. Ich bin auch nicht davon überzeugt, dass das uns mittel- oder langfristig entlastet.

Dauerhaftigkeit ist immer so eine Sache. Über bestimmte Materialien – Strohhäuser und so weiter – gibt es Erkenntnisse, dass auch klassische, regionale Konstruktionen über hunderte von Jahren halten können, gar keine Frage. Aber da muss man sich immer den Standard angucken und die Frage stellen: Ist so etwas im innerstädtischen Bereich möglich und was hat das für Konsequenzen? Ich würde sagen, dieses unglaublich wichtige Thema muss man immer mitführen. Das muss man im Vordergrund berücksichtigen, aber ich würde es nicht als relevantes Thema vor die Herausforderung, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, rücken wollen.

Die **Vorsitzende**: Danke für Ihr Statement. Jetzt haben wir von der SPD-Fraktion den nächsten Fragesteller, Herrn Mindrup.

Abg. Klaus Mindrup (SPD): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen. Meine Frage geht an Professor Dr. Schellnhuber. Erst einmal herzlichen Dank, Herr Professor Dr. Schellnhuber, dass Sie uns hier als Sachverständiger zur Verfügung stehen und dass wir uns

hier wiedersehen. Wir hatten ja in der Vergangenheit sehr intensive Diskussionen über die Energiewende und es ist vollkommen klar – wir befinden uns in einer Klimakrise –, dass wir zu 100 Prozent erneuerbare Energie kommen müssen. Heute reden wir über die Bauwende und Sie haben uns, dankenswerter Weise, zwei Veröffentlichungen gesendet, die sehr stark eine globale Perspektive einnehmen. Vor dem Hintergrund dieser Veröffentlichungen möchte ich meine Frage zuspitzen: Können wir uns mit organischen Materialien wie Holz und anderen organischen Materialien aus der Klimakrise herausbauen, Herr Professor Schellnhuber? Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Danke schön. Dann Herr Professor Dr. Schellnhuber.

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Joachim Schellnhuber

(PIK): Vielen Dank für die Frage. Ich sollte vorweg sagen, dass ich die beiden Anträge sehr begrüße, auch die Befassung mit diesem Thema durch den Ausschuss. Ich habe beide Anträge sorgfältig gelesen. Da findet sich auf beiden Seiten sehr viel Gutes. Aber jetzt zu der direkten Frage, Herr Mindrup. Vor fünf, sechs Jahren hätte ich noch relativ skeptisch darauf reagiert. Zugespitzt: Kann man sich durch organische Materialien, durch eine Wende im Bausektor aus der Klimakrise herauslösen, herausbauen? Wir haben in der Tat jetzt sorgfältige wissenschaftliche Analysen durchgeführt und kommen zu dem Ergebnis: Wenn wir weltweit – ich spreche jetzt erst einmal nicht über Deutschland, wo Bestandsrenovierungen im Vordergrund stehen – die nächsten 2 Milliarden Menschen zu 90 Prozent in wesentlich in Holz gebauten Unterkünften behausen würden, würde man 150 Milliarden Tonnen CO₂ vermeiden. Das ist fast ein Drittel des globalen Kohlenstoffbudgets, was der Menschheit noch übrig bleibt, um das ambitionierte Klimaziel von Paris einzuhalten. Wir reden von einem hochrelevanten Anteil und wir waren selbst erstaunt über die schiere Menge, die dabei entsteht, und da beziehe ich mich jetzt im Wesentlichen – es wurde gerade über Rohbau gesprochen – auf die Masse am Bau. Hanf und all diese Dinge sind nette Accessoires, meiner Meinung nach. Es geht darum, Bauholz zu verwenden, also Massivholz. Der FDP-Antrag erwähnt zum Beispiel CCS (CO₂ Capture and Storage) -Abscheidungen. Wenn Sie Holz einsetzen, dann können Sie direkt negative Emissionen erzielen. Sie haben sozusagen die Abscheidung



schon vorab. Das macht nämlich der Baum, indem er per Photosynthese CO₂ aus der Atmosphäre entfernt. Hinzu kommt, dass all die fossilen Brennstoffe, die für Stahlkochen, Kalkbrennen und dergleichen notwendig sind, wegfallen. Also, die Antwort ist: Ja. Den Bausektor generell – darum freue ich mich sehr über die Befassung heute – bezeichne ich oft als Elephant in the Climate Room. Wenn wir wissen, dass 40 Prozent der globalen Emissionen durch Errichten und Betreiben von Gebäuden und Infrastrukturen entstehen – über das Müllaufkommen will ich gar nicht reden – ist es höchste Zeit, diesen Sektor in den Blick zu nehmen. Ich würde es sogar so zuspitzen: Die globale Klimastabilisierung ist schlechterdings unmöglich, die Gleichung geht nicht auf, wenn der wichtigste aller Faktoren, nämlich die gebaute Umwelt, nicht in den Blick genommen wird.

Die **Vorsitzende**: Danke schön. Als nächsten Fragesteller haben wir von der Fraktion der FDP Herrn Reinhold.

Abg. Hagen Reinhold (FDP): Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende. Meine Frage geht an Herrn Walberg. Ich steige einmal mit der Bilanzierung ein. Ich habe das Gefühl, dass wir oft Äpfel und Birnen miteinander vergleichen wollen, weil uns noch ein bisschen die Grundlage fehlt, und da meine ich hauptsächlich die graue Energie, über die wir diskutieren müssen, wenn Gebäude entstehen bis hin zum Abriss, aber auch die Lebensdauer und die Effizienz von Gebäuden. Sie schreiben das in Ihrer Stellungnahme auch ganz gut. In unserem Antrag ist das auch erwähnt worden. Wir finden, es müsste erst einmal ein grundsätzliches Bewertungsschema, eine Bilanzierung, geben, um zu verstehen, was wir an Energie beim Bau eines Gebäudes eigentlich hineinstecken, wie lange ein Gebäude überhaupt lebt und was in dem Gebäude in der Zwischenzeit verbraucht wird. Ich habe das Gefühl, dass ein Stahlbetonskelettbau seinen negativen Ruf ein bisschen verliert, wenn wir wissen, dass er fünf Mal so lange stehen kann wie ein Holzbau – ohne den Holzbau schlecht zu machen, ich baue auch gerne mit Holz. Wie bewerten wir das eigentlich? Wie weit ist da der Stand und was müsste eigentlich geschehen? Wie spielt auch die Lebensdauer eines Baustoffs eine Rolle? Denn, wenn ich manche Dämmmaterialien heutzutage sehe, die verwenden wir zwar, aber nur für sehr, sehr kurze Zeit. Ob wir

in der Zeit überhaupt die Menge an Energie eingespart haben, die der Dämmstoff verbraucht hat, wenn man die Produktion berücksichtigt? Macht das überhaupt Sinn? Das ist die erste Frage.

Die Zweite bezieht sich auf Ressourcen und Energie. Wenn ich unsere Normungen angucke – wir normen, wir haben das GEG und geben immer größere Vorgaben – sehe ich einen Widerspruch zwischen Ihnen, Herr Walberg, und dem Antrag der Grünen. Die Grünen fordern ziemlich klar: KfW 40 soll Niedrigenergiestandard werden. Sie sagen, das ist eigentlich Unsinn. Wir könnten mit einem ganz anderen Standard leben, wenn wir uns darauf fokussieren, welche Energie wir verwenden. Denn wir sollten vielmehr den Fokus darauf legen, dass wir saubere Energie verwenden. Dann ist es egal, wie effizient das Haus ist, denn – wir reden heute über Bauwende und Ressourcenschonung – für ein effizientes Haus braucht man ganz andere Ressourcen als für KfW 115 Standard, den Sie ansprechen. Wenn Sie dazu noch einmal ausführen würden, wäre ich gespannt.

Die **Vorsitzende**: Danke, Herr Reinhold. Herr Walberg, Sie sind gefragt.

Dietmar Walberg (ARGE e.V.): Vielen Dank. Das sind zwei unheimlich komplexe Themen. Ich will versuchen, mich kurz zu fassen. Das Thema graue Energie, also Herstellungenergiebedarf für Konstruktionen, nicht nur für die Primärkonstruktionen des Gebäudes, sondern – das muss man auch beachten – für die gesamte Ausstattung eines Gebäudes, einschließlich Technik, beschäftigt uns tatsächlich schon seit 35 Jahren. Zum Thema Zertifizieren haben wir einen Arbeitskreis gegründet. Auch damals war es ein Landesauftrag über Förderprogramme und über die Effekte, die sich auch aus bestimmten Bauweisen ergeben. Fakt ist aber auch, dass wir seit diesem Zeitraum im Grunde keinen Schritt weiter sind. Es gibt keinerlei verbindliche Grundlagen für eine Zertifizierung, denn die müssten erst einmal geschaffen werden und das ist abhängig davon, wie ein Baustoff in der Grundproduktion hergestellt wird. Ein Ziegel ist nicht ein Ziegel, sondern ein Ziegel ist aus einem Ringbrandofen oder es ist eine Fußortierung oder er ist ein hartgebrannter Klinker. Die Industrie muss beginnen, Informationen zu liefern. Das muss durchgeführt werden und in die Gesamtbetrachtung einfließen. Wir sind in jedem Fall meilenweit davon entfernt, das in irgendeiner Form rechtssicher und



verbindlich in eine Art von Ressourcenausweis oder eine Zertifizierung einzubringen. Ich will jetzt nicht über Nachprüfung oder all solche Dinge sprechen. Alles, was wir da tun – und das betrifft alle Baustoffe –, müssen wir selbstverständlich immer und grundsätzlich auch über die Lebensdauer eines Gebäudes tun. Das ist ja das Blöde am Wohnungsbau. Er hat zwei große Nachteile. Er ist nicht translozierbar, das heißt, er steht im Zweifel an den falschen Stellen und ich kann nicht die Leute dahin packen, und er steht mindestens 80 Jahre. Solange soll er halten und dazwischen wird er auch instandgehalten und es wird in der Regel auch Technik ersetzt. Das ist meist der teuerste Teil und übrigens auch der Teil, der häufig die meiste Energie frisst. Eine unserer Erkenntnisse ist, dass sich in den letzten Jahrzehnten der Herstellungsenergiebedarf für die Gebäude immer weiter nach oben entwickelt hat. Das hat auch mit unserem Anspruch an Gebäude zu tun. Rechnen Sie einmal den Herstellungsenergiebedarf zum Beispiel für eine Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung aus, mit all dem was dazugehört – Technik, Bleche, die im Haus verteilt sind. Wie lange hält das Ding? Was bringt es überhaupt? Ich bleibe einmal ein bisschen platt bei dem Thema. Dann sehen Sie, wie schnell man in den Zielkonflikt kommt. Ich finde es richtig, dass man das tut. Die Diskussion muss man anstoßen, da muss man alle mitnehmen, da muss man mit der Industrie sprechen, da muss man der Industrie auch eine Chance geben, die entsprechenden Vorkenntnisse zu erwerben und die Information muss erst einmal verdichtet werden. Das betrifft im Grunde das ganze Thema Energie. Das betrifft uns sehr intensiv, auch damit haben wir uns sehr lange beschäftigt. Wir haben in Schleswig-Holstein 1989 die Verpflichtung eingeführt, dass jeder, der Förderung bekommt, seine Energieverbräuche abliefern muss. Das ist ein System, was sehr spannend ist, weil man so über Jahrzehnte gucken kann, in welchem Energiestandard ein Gebäude gebaut ist und wie seine tatsächliche Performance ist, wo die Abweichung von dem ist, was sich rechnerisch darstellt und wie der tatsächliche Verbrauch ist. Das ist schon bemerkenswert. Da gibt es irgendwann auch eine Art von Grenznutzen. Grenznutzen nenne ich hier den Nutzen auch für den, der es am Ende bezahlt. Das ist die ärmste Sau in Deutschland. Das ist der deutsche Mieter, die deutsche Mieterin, weil der oder die das am Ende zahlen muss. Der zahlt eine umgelegte Kaltmiete, er zahlt

eine Warmmiete und das Ganze muss sich in irgendeiner Form rechnen. In Kurzfassung: Wir sind spätestens bei der vorletzten Energieeinsparverordnungsnovelle, insbesondere für den Geschosswohnungsbau – das hat sich sehr differenziert entwickelt, auch das Ordnungsrecht, bezogen auf Einfamilienhäuser, Mehrfamilienhäuser, ich will jetzt nicht im Detail darauf eingehen – in einen Grenznutzen eingestiegen, bei dem wir – und das hat auch die Baukostensenkungskommission, deren Mitglied ich war, festgestellt – an einem wirtschaftlichen Punkt angelangt sind, an dem Ordnungsrecht keinerlei Wirtschaftlichkeit hinsichtlich einer weiteren Verschärfung von Energiesparordnungsrecht, auf das Gebäude bezogen, darstellt.

Das ist auch, aus unserer Sicht, überhaupt nicht notwendig. Der wirkliche Hebel, also der physikalische und technische Hebel, in der Dekarbonisierung und dessen, was auch die Zukunft von uns verlangt – irgendwann Gebäude zu haben, die möglichst CO₂-neutral oder Treibhausgas-neutral sind – liegt in den erneuerbaren Energien, der liegt in einer intelligenten Energieversorgung, der liegt in der intelligenten Versorgung im Quartier, der liegt in der Beziehung von physikalischen Einheiten zueinander. Ordnungsrecht kapriziert sich immer auf ein Gebäude. Ein Gebäude muss nach bestimmten Kriterien gebaut und nach Höchstanforderungen errichtet werden und es ist völlig egal, ob es ein Wohngebäude ist oder ein Laborgebäude. Dabei könnte man die Gebäude in eine Beziehung zueinander bringen. Ein Laborgebäude ist etwas ganz anderes, als ein Wohngebäude. Das eine produziert möglicherweise Energie, das andere braucht es und so weiter. Die Wahrheit liegt in der Beziehung der Gebäude untereinander im Quartier und das muss man standortbezogen entwickeln.

Ein Satz noch abschließend: Da liegt der Sprunghebel und eine weitere Verschärfung von Energieeffizienz ist dazu ein Widerspruch, weil ich Kosten versenke an einer Stelle, an der sie nicht effizient sind, und ich sie lieber in die Energieversorgung packen müsste. Das ist aus unserer Sicht die Zukunft. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Jetzt haben wir Frau Lay als nächste Fragestellerin von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Caren Lay (DIE LINKE.): Vielen Dank auch von meiner Seite. Erst einmal danke, dass wir uns



dem richtigen, auch für den Klimaschutz absolut relevanten Thema zuwenden, und vielen Dank an alle Sachverständigen. Meine Frage geht an Professor Roswag-Klinge. Der größte Klimakiller scheint ja beim Bauen der Baustoff Zement zu sein. Um eine Vorstellung von diesen Dimensionen zu haben: Allein der deutsche Konzern HeidelbergCement stößt weltweit so viel CO₂ aus, wie die gesamte deutsche Landwirtschaft. Sie zeigen in Ihrer Stellungnahme eine Vielzahl von Alternativen auf, wie der ökologische Fußabdruck der Städte verringert werden kann. Insofern meine Frage an Sie: Wie kann eine Umstellung auf ökologische Baustoffe, aber auch eine Vereinfachung der Bauweisen und der Anpassung von Gebäuden an veränderte Nutzungen aussehen, damit es ökologischer wird, aber auch zum bezahlbaren Bauen beiträgt? Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Danke schön. Herr Professor Roswag-Klinge, Sie sind gefragt.

Prof. Dipl.-Ing. Eike Roswag-Klinge (TU Berlin): Vielen Dank, Frau Lay. Vielen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich freue mich, dass ich zu der Debatte beitragen darf. Ich möchte mich im Wesentlichen Herrn Professor Dr. Schellnhuber anschließen und ein bisschen mehr zum Bauen ausführen. Wir haben, wenn man den CO₂-Fußabdruck betrachtet, eine Pflicht, auf 10 Prozent unserer aktuellen Ressourcen herunterzugehen. Wir müssen 90 Prozent aufgeben, wenn wir global fair verteilen wollen. Der Bausektor macht 30 bis 40 Prozent der Energie und vor allem auch der stofflichen Ressourcen aus. Das ist die große Frage, die wir immer noch nicht ausreichend beleuchten. Wir müssen die Rohstoffe dahinter betrachten und das ist, gerade bei den fossilen Baustoffen, ein Riesenproblem, das wir angehen müssen, weil unter anderem der Sand knapp wird.

Ich möchte drei Punkte aufbringen. Das Erste ist, dass wir den Konsum grundsätzlich senken müssen. Wir müssen quasi ein Nicht-Bauen einleiten, so wie es zum Beispiel auch im Antrag der Grünen beschrieben ist. Wir müssen den Flächenkonsum reduzieren. Wir müssen das einerseits im Bürobereich tun. Es darf nicht sein, dass jeder Professor an der TU Berlin zwei Tage in der Woche im Büro ist und das den Rest der Woche leer steht. Wir brauchen neue Büroformen. Es kann nicht sein, dass das Umweltbundesamt quasi in Hasenställe aufge-

teilt ist, die im Wesentlichen leer stehen. Wir müssen neue Nutzformen anwenden, um diese ganzen Bedarfe herunterzufahren und wir brauchen das vor allen Dingen auch für das Wohnen, wenn wir das Wohnen erschwinglich machen wollen. Wir müssen vielleicht zurück zu Bruno Taut, zu einer Wohnfläche um die 20 Quadratmeter. Es gibt wunderschöne Beispiele, wie zum Beispiel vom Miethäuser Syndikat oder anderen Baugruppen, die jetzt in Berlin darstellen, wie man auf 20, 22 Quadratmetern, teilweise unter 20 Quadratmetern, sehr komfortabel, gut leben kann. Wir müssen weg von 50 Quadratmetern hin zu weit unter die 40 im Schnitt, sonst werden wir dieses Problem nicht schaffen und wir müssen den Menschen hochwertige Angebote schaffen. Wir müssen weg von dem Modell der vierköpfigen Familie. Das Modell existiert de facto nur in vielleicht 20 Prozent der Fälle, denn wir haben heute Patchworkfamilien, wir haben Alleinstehende. Die Phase, in der beispielsweise dieses Wohnmodell des Einfamilienhauses gebraucht wird, ist vielleicht acht Jahre lang, weil die Kinder davor in einem Zimmer schlafen, und wir müssen dynamische Strukturen dafür schaffen. Wir müssen vielleicht in den Einfamilienhausgebieten Nachverdichtungen schaffen, die eine Dynamik da hineinbringen können, dass man sich quasi immer an die Lebensform anpassen kann, und wir müssen das vor allen Dingen in großen Mietangeboten leisten. Wir dürfen also nicht weiter die Dreiraumwohnung bauen, sondern wir müssen diverse Wohnungen bauen. Wir müssen damit unseren Wohnungsbestand nachrüsten und umrüsten.

Ich will jetzt nicht im Sinne der FDP eine dynamische Situation am Mietmarkt erzeugen, sondern ich will eine Flexibilität am Mietmarkt, dass man sich immer der jeweiligen Lebensphase anpassen kann und das muss natürlich mit einem lebenslangen Mietrecht verbunden sein. Es kann nicht sein, dass jeder Wechsel, den ich vielleicht statistisch nach sieben Jahren mache, immer mit einem hohen Mietsprung verbunden ist. Es müsste ein lebenslanges Mietrecht, global wahrscheinlich ein Grundrecht Wohnen geben, und das wird sich im Wesentlichen realisieren lassen in großen öffentlichen Beständen. Die müssen wir wieder aufbauen und das lässt sich vielleicht auch in einem Verbund von großen Genossenschaften herstellen, um die Leerstände, diese schlafenden Riesen zu wecken, die wir heute haben – wobei eine alte, alleinstehende



Dame in einer 150 Quadratmeter Wohnung günstiger wohnt als in einer Wohngruppe mit 40 Quadratmetern. Dann haben wir bestimmt 20 Prozent des Marktes und einen riesengroßen Flächengewinn und in der Folge eine Ressourcenreduktion.

Ein dritter Punkt ist das Abrüsten der Technik. Wir haben in Deutschland die hochgerüstetsten Gebäude, weil wir immer wieder nach technischen Lösungen greifen. Es gibt einen wesentlichen Diskurs dazu, der Technik-Kritik einführt. Wir haben mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung dazu eine Konferenz: Lowtech-Bauen. Da ist eine sehr schöne Broschüre entstanden und auch Videobeiträge wurden zu diesem Thema gemacht. Gerade beim öffentlichen Bauen müssen wir das reduzieren, aber auch der Wohnungsbau muss weg von der Lüftung. Wenn wir mit Naturbaustoffen diffusionsoffene Konstruktionen bauen, können wir auf diese Technikansätze verzichten und können das Bauen langfristig robust und günstig machen, indem wir nicht ständig die Wartungszyklen und Erneuerung von Technik haben.

Die Subvention der fossilen Baustoffe haben wir besprochen. Ich glaube, darauf werde ich jetzt nicht weiter eingehen.

Ich möchte kurz einen Schlenker machen zu den Naturbaustoffen. Wir hatten unter der Rot-Grünen Koalition einen großen Aufschwung von Naturfasern. Wir haben große Dämmstoffhersteller aus dem konventionellen Bereich gehabt, die auf einmal Schafwolle, Hanf und sonstiges angeboten haben. Das war in wenigen Jahren möglich. Die Baustoffe sind alle da, die Technologie ist da. Wir müssen es nur wieder in den Markt zurückführen. Wir müssen es nur wieder aktivieren und dann werden wir ganz schnell Styropor und Mineralwolle aus dem Wohnraum bekommen, die kritisch sind und Fossilien nutzen. Die nachwachsenden Ressourcen sind im Wesentlichen auch in der Holzfaserdämmung. Die kann man von heute auf morgen in Masse einsetzen und man wird dann technologisch vielleicht ein Zeitfenster von drei, vier Jahren brauchen, um andere Faserdämmstoffe in einem großen Paket hinterherzuführen. Die Dauerhaftigkeit haben Naturbauhäuser über Jahrhunderte bewiesen, die draußen stehen und die meist besser performen als unser konventionelles Bauen heute. Danke sehr.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Jetzt kommen wir zum letzten in der Runde, Herrn Kühn von der

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kühn, bitte.

Abg. Christian Kühn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. Danke an die Experten für die Stellungnahmen, die ich sehr, sehr aufschlussreich finde. Ich bin sehr froh, dass Sie heute zum ersten Mal im Bauausschuss über das Thema Bauwende in dieser Form diskutieren. Man sieht, dass sich Bau-, Wohnungs- und Klimaschutzpolitik an dieser Stelle deutlich überlappen und zusammenwachsen und man sieht, welche großen Herausforderungen wir heute haben. Ich finde es auch sehr eindrücklich, wie der Konsens hier ist, dass diese Bauwende wirklich eingeleitet werden muss. Das finde ich sehr gut, auch von Seiten der Experten. Auch noch einmal der Appell, dass der Klimaschutz hier ins Zentrum gerückt werden muss, denn im Augenblick überlasten wir diesen Planeten, auch mit der Art und Weise, wie wir bauen. Deswegen meine Frage, die an zwei Expert*innen geht, an Frau Professorin Hillebrandt und an Herrn Professor Dr. Schellnhuber: Was sind aus Ihrer Sicht die entscheidenden Hebel, Stellschrauben, Maßnahmen, um diese Klimawende beim Bauen, diese Ressourcenwende, diese Bauwende einzuleiten und was sollte Politik in Deutschland in den nächsten Jahren auf den Weg bringen, um den Baubereich hin zur Klimaneutralität zu bringen, der heute noch weit davon weg ist?

Die **Vorsitzende**: Dankeschön, Herr Kühn. Fangen wir mit Frau Professorin Hillebrandt an.

Prof. Dipl.-Ing. Annette Hillebrandt (Uni Wuppertal): Ich möchte mich auch erst einmal bedanken für die Einladung und auch für die beiden Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von der FDP. Ich finde, das ist überfällig. Es hat mich sehr gefreut, dass es jetzt endlich Vorstöße gibt. Ich würde auch gleich gerne Bezug nehmen auf das, was Herr Professor Dr. Schellnhuber am Anfang gesagt hat: „Elefant im Klimaraum“. Das Bild ist, glaube ich, genau richtig um zu zeigen, dass die Bauwirtschaft jetzt umdenken muss. Es ist wirklich wie ein Porzellanladen, wenn man unsere Erde von außen betrachtet, was für ein fragiles, wunderschönes System das ist. Wenn man das vergleicht mit dem Anblick vom Mars – ein Haufen roter Steine – sollten wir uns jetzt und hier mit unserer Erde und deren Grenzen beschäftigen, sonst ist es zu spät und der Mars wird da nicht helfen.



In Richtung Professor Roswag-Klinge: Auch Ihnen möchte ich gerne zustimmen, dass wir einen ganz großen Hebel haben in der Effizienz, die auch in dem Antrag der Grünen schon sehr deutlich formuliert wurde. Das ist wirklich etwas ganz Wichtiges. Wir müssen weg von unserem Flächenverbrauch und wir müssen viel flexibler werden im Flächenhandling, also mit dem, was wir schon haben. Von unseren beiden größten Hebeln, die wir haben, um die Klimaziele zu erreichen, ist einer der Bestandserhalt. Ich sage es einmal so: Deutschland ist eigentlich fertig gebaut und deshalb gibt es übrigens genug verfügbare mineralische Baustoffe direkt vor Ort. Wenn man jetzt neu bauen will mit Recyclingmaterial, dann wird meist zuvor etwas abgerissen und das ist meist aus mineralischen Baustoffen. Deshalb ist ein Recycling innerhalb von 30 Kilometern eigentlich möglich und die Materialien sind auch da.

Der zweite Hebel ist das Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen. Da denkt man natürlich zuerst an Holz. Holz ist ein sehr leistungsfähiger Baustoff. Er kann vor allen Dingen als Tragwerk verwendet werden und weil er so leistungsfähig ist, ist er sehr wertvoll und wir sollten damit sparsam umgehen. Wir sollten es immer so vorbereiten, dass, wenn wir Rückbau haben, das Holz, zum Beispiel, nicht nur energetisch verwertet wird, sondern sofort in eine mehrstufige Kaskadennutzung geht, also zur Werkstoffplatte, zur Spanplatte, zum Holzpellet und so weiter verarbeitet wird. Das halte ich für sehr wichtig, und natürlich, dass wir die anderen NawaRos (Nachwachsende Rohstoffe), die Herr Professor Roswag-Klinge schon angesprochen hat, noch einmal hervorkramen, also wieder stärken. Wir müssen das Wissen darüber und das Bauen damit wieder auffrischen und dafür muss man diese vielleicht auch fördern, wie auch immer. Mit einem CO₂-Rucksack wäre das schon ganz gut.

Ich möchte auch in Richtung sekundäre Rohstoffe sagen: Wir müssen unbedingt mit mehr Sekundärbaustoffen bauen. Wir müssen versuchen, da mehr Forschung zu betreiben, vielleicht in die Richtung der Schweiz zum Beispiel, die einen Beton entwickeln wollen, bei dem CO₂ sogar gebunden wird. Wir müssen uns aber auch angucken, wie zum Beispiel Vorarlberg baut, wie viel Vertrauen da ist in nachwachsende Rohstoffe. Ich habe das zwar verstanden, dass es da keine Akzeptanz gäbe für Sekundärrohstoffe. Ich glaube aber, dass man so

etwas herstellen kann. Dafür braucht es nur eine anständige Werbung. Mittlerweile sieht man ja, wie es läuft. Man bringt irgendetwas auf den Markt, dann bewirbt man es nur anständig und dann wird es auch gekauft. Das beste Beispiel ist das SUV-Fahrzeug. Das brauchte vorher keiner, braucht heute in Deutschland wahrscheinlich nur 0,1 Prozent der Bevölkerung, wurde aber groß beworben und hat Erfolg. Ich denke, dass kann man sehr gut machen.

Eine weitere Stellschraube ist vor allen Dingen auch die Verankerung der Nachhaltigkeit in unserer Musterbauordnung, denn wir müssen auch alle Planer mitnehmen und müssen die in Bewegung bringen. Unsere Planer und Architekten sind teilweise schon ein bisschen ermüdet, weil sie ständig Energiegesetze einhalten und alles Mögliche wissen müssen. Aber es hilft nichts. Um den Klimawandel zu verhindern, müssen wir jetzt auch Nachhaltigkeit in der Musterbauordnung haben. Rückbaufähigkeit, ReUse-, Recyclingfähigkeit, Verwendung von sogenannten Closed Loop Materials – all so etwas sollte man dort verankern. Das erst einmal. Ich hoffe, wir kommen noch zu einer zweiten Runde.

Die **Vorsitzende**: Ja, wir kommen in die zweite Runde. Danke schön. Jetzt haben wir noch Herrn Professor Dr. Schellnhuber auf die gleiche Frage. Bitte, Ihre Antwort.

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Joachim Schellnhuber (PIK): Vielen Dank. Ich habe vier Punkte dazu. Der erste ist, dass ich Herrn Walberg nur in einem einzigen Punkt widersprechen wollte. Er hat viel Wichtiges gesagt, aber es geht nicht allein um den Einsatz erneuerbarer Energien. Dieses Thema ist im Grunde genommen jetzt durch. Das versteht sich von selbst, dass wir grüne Energie einsetzen im Betrieb von Gebäuden und so weiter. Wenn wir Holz einsetzen können, wenn wir nicht nur klimaneutral werden, sondern sogar Emissionen vermeiden, binden, also emissionsnegativ werden, – dieser Groschen muss endlich fallen – haben wir hier einen einzigartigen Hebel in der Hand.

Die nächste Bemerkung in diesem Zusammenhang – es geht ja darum, was jetzt getan werden kann – und das zielt auch ein bisschen auf den Antrag der FDP, in dem ich sehr viel Gutes gefunden habe: Wenn wir nachwachsende Naturmaterialien einsetzen, wie Holz und andere, dann haben wir quasi



No-Tech. Wir nehmen aus der Natur hervorragende Materialien, auch im Rohbau, und das müssen wir bündeln mit den mächtigsten Werkzeugen, die wir heute zur Verfügung haben. Das ist Digitalisierung, künstliche Intelligenz. Ich bringe es auf die einfache Formel: No-Tech plus High-Tech. Dann wären wir in Deutschland und Europa wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt. Ich glaube, das ist eine extrem attraktive Möglichkeit.

Dritter Punkt: So wie in Baden-Württemberg schon geschehen und jetzt auch in anderen Bundesländern angedacht, braucht man, meiner Ansicht nach, eine Holzbauoffensive. Da muss jetzt Ernst gemacht werden, weil diejenigen, die schon unterwegs sind in diesem Bereich – immerhin werden fast 20 Prozent der Ein- und Zweifamilienhäuser schon aus Holz beziehungsweise hybrid errichtet –, stoßen immer auf Regulierungsschwierigkeiten und Hindernisse. Dafür muss man werben, dass in der Politik die Rahmenbedingungen so verbessert werden, dass alternative Modelle, die vor allem klimaschonend sind, eine Chance haben.

Und mein vierter Punkt – diese Anhörung ist ein Beispiel dafür: Es muss einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über die gebaute Umwelt geben, so wie das vor 40 Jahren mit den erneuerbaren Energien begann. Ich kann mich genau erinnern an die frühen 70er Jahre. Dann die Elektromobilitätsdebatte, die vor circa 20 Jahren begann und jetzt dürfen wir uns nicht noch einmal 20 Jahre Zeit lassen bis wir ein gesellschaftliches Narrativ entwickeln für die Wende im Baubereich. Wie gesagt, das ist der Königsweg zum Klimaschutz. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Ich danke Ihnen. Dann kommen wir in die zweite Runde. Wir haben noch knapp 40 Minuten. Wir fangen an mit der Fraktion der CDU/CSU, Herr Kießling.

Abg. Michael Kießling (CDU/CSU): Erst einmal Grüß Gott auch von meiner Seite. Danke auch an die Sachverständigen. Meine Frage richtet sich an Herr Professor Dr. h.c. Heinrich Köster. Vielleicht vorab: Ich finde, man sollte das Thema Nachhaltigkeit betrachten. Dazu gehört Ökonomie, Ökologie, aber auch unsere soziale Verantwortung. Wir haben jetzt viel über Klimaschutz gesprochen. Ich denke, man sollte das gesamte Bild auch im Bereich des Bauens in Bezug nehmen. Ich fand es ganz interessant, was Herr Walberg zum Thema Technik gesagt hat, was ich teilweise sehr gut unterstützen kann.

Ich will das nicht weiter kommentieren. Darum jetzt auch meine Frage an Herr Professor Dr. h.c. Heinrich Köster. Wie schätzten Sie denn die Verwendung von biogenen Baustoffen in der Zukunft ein? Es gibt ja noch mehr als Holz. Welche Rolle könnten die in Zukunft einnehmen?

Da setzt dann die zweite Frage an. Wir haben ja vor, unseren Wald klimaneutral oder klimaresistent umzubauen. Wir haben in Zukunft andere Holzsorten. Wie wird sich der Waldumbau auf unsere Holznutzung im Bereich Bauen auswirken – mittelfristig, langfristig? Da würde ich mir eine Antwort von Ihnen wünschen, Herr Professor Dr. h.c. Köster.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Herr Professor Dr. h.c. Köster.

Prof. Dr. h.c. Heinrich Köster (TH Rosenheim): Von meiner Seite auch einen schönen guten Morgen. Herr Kießling, danke für die Fragen. Ich möchte Sie auch ein bisschen im Kontext zu meinen Vorrednern, Herr Professor Roswag-Klinge, Herr Professor Dr. Schellnhuber und Kollegin Frau Professorin Hillebrandt, beantworten. Ich glaube, dass wir schon mitten in einer gewissen Bauwende sind. Die Bauwende ist eigentlich schon eingeleitet, zumindest was ich aus meinem Blickwinkel, dem Holzbereich, sehe und was ich beobachte. Es wurden bereits einige Zahlen genannt. Ich bin seit 25 Jahren neben meiner Aktivität in der Lehre und der Forschung als Präsident des Forums Holzbau tätig. Das fand früher in Garmisch-Partenkirchen statt, jetzt in Innsbruck. Mit 10 000 Teilnehmertagen sind wir weltweit der größte Kongressveranstalter. Ich glaube, Herr Professor Dr. Schellnhuber, Sie sind angefragt, und Frau Professorin Hillebrandt dürfte dieses Format auch kennen. Da beobachte ich, wie die Welt in einer gewissen Bewegung ist, in einer Veränderung, einem Paradigmenwechsel, der sich sehr stark durch die Wirtschaft zieht, natürlich auch mit einer Spannungsladung, das merke ich auch. Leider ist dies bei den Behörden oder beim Staat noch nicht so, das möchte ich auch anmerken. Wir arbeiten aber nach dem Denkansatz: Das richtige Material am richtigen Platz. Das muss das Credo sein. Ich glaube, wenn man das so sieht, dann wird auch der Werkstoff Holz, der eine große Bedeutung gewonnen hat, seinen Platz finden. Aber er ist nicht überall angebracht. Auch das sollte man eindeutig sehen. Von daher



sehen wir es heute auch nicht so sehr hölzern, sondern wir sehen es mehr in der Kombination der Materialien, beispielsweise hybride Bauweisen. Denn es geht ja nicht nur – ganz wichtig – um den CO₂-Fußabdruck, sondern es geht auch um bezahlbares Wohnen. Es geht auch um Technologien der Zukunft. Es geht um mehr, als nur um diesen einen Punkt, der immer in erster Linie diskutiert wird, hinter dem ich natürlich auch stehe. Bei uns steht es unter dem Motto: Das richtige Material am richtigen Platz. Die Zahlen, Daten, Fakten – Herr Professor Dr. Schellnhuber hat es gerade auch erwähnt – möchte ich noch ein bisschen ergänzen. Im Einfamilienhausbau liegen wir deutschlandweit mit biogenen Werkstoffen bei 20 Prozent des Marktanteils. Diese teilen sich ungefähr auf in Fertighausbetriebe, regionale Betriebe – sprich klassische Zimmereien – und 20 Prozent, wie gesagt, die Fertighausindustrie. In Baden-Württemberg liegen wir dieses Jahr im Einfamilienhausbau bei fast 40 Prozent, gefolgt von Rheinland-Pfalz, Hessen und so weiter. Das Mehrfamilienhaussegment kommt. Das zu quantifizieren, ist schwer, aber hier spielen in erster Linie die hybriden Bauweisen eine ganz wesentliche Rolle.

Die Frage, die natürlich mit diesen Marktanteilen und diesen Veränderungen einhergeht, die neben den positiven Auswirkungen auch in einem Kontext stehen, lautet: Wie schaut es denn dann aus mit den Technologien in dem Kontext? Zunächst einmal auch die Frage: Wie ist es denn mit der Ressource Holz? Unsere Waldwirtschaft ist in einem gewaltigen Umbruch. Ich glaube, das dürfte allen bekannt sein – der Käferbefall, die Veränderung von Nadelholz in Richtung Laubholz. Ich glaube fast sogar – ich kann es nicht beweisen –, dass denjenigen im Holzbaubereich vielleicht eher das Holz ausgehen wird, als die Aufträge. Wir werden in ca. 10, 15, 20 Jahren eine Verknappung sehen. Hier muss ein technologischer Wandel in Richtung eines Leichtbaus mit dem Werkstoff Holz ansetzen. Das kann ganz anders aussehen – auf Faserbasis, auf vielen anderen Strukturen. In dem Kontext sei hier auch die Maschinenbauindustrie erwähnt. Deutschland ist ein Land der Maschinenbauer, mit einer hohen Prosperität. Allein in dem Segment Holzbearbeitungsmaschinen, aus dem ich komme, hat Deutschland sage und schreibe 90 Prozent Weltmarktanteil. Diese Bauweisen, die in den letzten Jahren entstanden sind, bedingen natürlich

auch neue Technologien im Bereich des Maschinenbaus. Das ist eine zusätzliche Chance, die bereits wahrgenommen wurde, aber auch immer mehr wahrgenommen wird. Unser Maschinenbau prosperiert unter diesem Holzbau als Nebenwirkung.

Ein weiterer Punkt, den ich gerne hier ansprechen möchte, ist der Digitalisierungseffekt. Digitalisierung im Baubereich, BIM, Building Information Modeling genannt – wobei mir der Ausdruck Building Information Management lieber wäre –, hat entsprechende Auswirkungen. Ich glaube, kein Bereich des Bauens – ich möchte den Tiefbau hier ausnehmen – ist so weit in der Digitalisierung wie das Bauen im Rahmen der Vorfertigung, in der Kombination der Materialien – ob Holz, ob Vollholz, ob hybrid.

In dem Kontext ist es ganz wesentlich für die Zukunft, dass wir auch diese Punkte mitbetrachten. Das könnte man natürlich noch ausweiten, weil die volkswirtschaftlichen Konsequenzen enorm sind. Wir können uns hier international positionieren, wie wir es in anderen Bereichen auch können. Danke soweit.

Die **Vorsitzende**: Wir danken Ihnen. Jetzt haben wir noch einmal Herrn Hemmelgarn von der Fraktion der AfD mit einer Frage.

Abg. Udo Hemmelgarn (AfD): Vielen Dank. Meine zweite Frage geht an Herrn Dr. Böhm und Herrn Walberg. Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beinhaltet unter anderem die Verpflichtung, im Neubau erneuerbare Wärme einzusetzen und diese bis zum Jahre 2025, also schon in vier Jahren, auf 100 Prozent anzuheben. Wir lassen die Frage außen vor, wie man Wärme physikalisch erneuern kann. Aus unserer Sicht scheint der geforderte Zeitraum ausgesprochen kurz, insbesondere da die Pflicht nach dem Antragstext für alle Neubauten gelten soll. Mein Fragen dazu: Ist diese Forderung realistisch? Und wenn ja, wie hoch müsste man die entstehenden Mehrkosten bei der Errichtung der Gebäude ansetzen? Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herr Dr. Böhm, wir würden mit Ihnen beginnen.

Dr. Ernst Böhm (bbs): Vielen Dank für die Einladung und für das Wort. Zur Frage erneuerbarer Wärme: Wichtig ist uns, dass man nicht das Einzelhaus betrachtet, sondern das Quartier. Ich halte es



für nicht aussichtsreich, Passivhäuser am Waldrand zu bauen. Die Zukunft des Bauens liegt in der urbanen Verdichtung. Um es ein bisschen zuge-spitzt zu formulieren: Bevor ich in 500 Häusern 500 Heizungssysteme und 500 Lüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung installiere, erscheint mir eine zentrale Energieversorgung von großem Vor-teil. Es gibt durchaus Möglichkeiten, diese erneuer-bar und CO₂-frei zu gestalten. Photovoltaik, Bio-masse, Holz ist immer mehr ein Thema. Da darf ich erwähnen, dass 25 Prozent vom Holz, also Rinde, Wipfel etc., stofflich kaum nutzbar sind. Selbstver-ständlich braucht es eine Nutzungskaskade – zuerst ein Haus bauen, dann daraus Möbel machen –, aber einen Teil des Holzes kann man auch vertretbar thermisch nutzen. Eine einfache, zügig umsetzbare Lösung wäre eine Quartiersenergieversorgung – Photovoltaik, Wind. Ich persönlich bin ein biss-chen zurückhaltend beim Thema Wärmepumpen, vor allem in Großsiedlungen. Denn da darf ich auf einen Aspekt hinweisen: Eine Wärmepumpe ist wie ein Kühlschrank, nur umgekehrt, und der hält auch nicht länger als 25 Jahre. Das wäre der Aspekt mit der grauen Energie: Wenn ich technische Sys-teme habe, die ich in kurzem Zeitraum austauschen muss. Bei den Elektrogeräten gibt es auch schon Vorhaben, dass man sie besser reparieren soll. So ein Typ ist nach acht bis zehn Jahren tot, da ist we-nig zu reparieren. Wir meinen: Wenig Technik, zentrale Technik. Wir sehen dort aber durchaus Ansätze, diese CO₂-reduziert oder auch -neutral zu gestalten.

Die **Vorsitzende**: Danke schön. Dann kommt Herr Walberg.

Dietmar Walberg (ARGE e.V.): Das war eine dop-pelte Frage. Einmal ging es um die Frage des Zeit-raums: Erneuerbare Wärme als Verpflichtung im Neubau innerhalb von vier Jahren? Im Grunde steckt jetzt schon die Antwort ein bisschen im Satz: Da bin ich sehr skeptisch. Das sind Zeiträume, die Investitionen und eine Vorausschau verlangen, die ich nicht in einem so kurzen Zeitraum sehe. Ich sehe das eher als ein wichtiges, langfristiges Ziel. Vor allen Dingen darf das nicht andere Bestrebun-gen konterkarieren, die im Moment überhaupt erst eingesetzt werden. Ich sage zum Beispiel das Stich-wort „kommunale Wärmeplanung“. Jetzt beginnen einzelne Bundesländer, eine Verpflichtung einzu-bringen, dass die Kommunen anfangen, sich strate-gisch zu überlegen, wie die Wärmeplanung, zum

Beispiel auch durch eigene Angebote und so wei-ter, in Gang gesetzt wird und welche Potenziale und Chancen das für denjenigen am Ende der Kette bedeutet. Da muss immer differenziert betrachtet werden, ob es ein Einfamilienhaus oder ein anderes Gebäude ist und – ganz richtig, Herr Dr. Böhm – Gebäude sollten immer im Quartier betrachtet wer-den. Würden wir jetzt verlangen, dass jemand, der neu baut, etwas tut, was möglicherweise den Zielen einer kommunalen Wärmeplanung widerspricht, die ja erst einmal aufgelegt werden muss, dann trei-ben wir möglicherweise in eine Ineffizienz bezie-hungsweise konterkarieren die kommunale Wärme-planung. Denn der muss ja auch in irgendeiner Form Wärme-Abnehmer sein von irgendeinem An-gebot. Ich finde, über das Grundprinzip muss man nicht streiten. Die Frage ist, wann man so ein Sys-tem installiert. Innerhalb von vier Jahren sehe ich das absolut nicht, sondern das ist eher langfristig zu sehen, in Kombination mit zahlreichen anderen Maßnahmen.

Die **Vorsitzende**: Danke schön, Herr Walberg. Dann haben wir die nächste Frage von der SPD-Fraktion, von Frau Tausend.

Abg. Claudia Tausend (SPD): Frau Vorsitzende, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau und Herren Sachverständige. Ich darf an die Frage des Kollegen Klaus Mindrup und an die Ausführungen von Professor Dr. Schellnhuber und Professor Dr. Köster anknüpfen, nämlich: Können wir uns aus der Klimawende herausbauen? Meine Frage richtet sich an Dr. Böhm. Herr Dr. Böhm, Sie sind ja ein ausgemachter Pionier der Holzbauweise und haben seit 15 Jahren laufende Weiterentwicklungen in Ihrem Modellquartier in Bad Aibling, immer nach dem neuesten Stand der Technik und der wis-senschaftlichen Erkenntnisse im Bereich der Holz-bauweise. Sie haben sehr viele Erfahrungen gesam-melt, auch im Geschosswohnungsbau, auch hin-sichtlich der Kosten und der Bezahlbarkeit von Wohnen in Holzbauweise. Ich würde Sie bitten, uns über Ihre Erfahrungen zu berichten, von denen wir, glaube ich, in der Praxis alle lernen können. Danke.

Die **Vorsitzende**: Danke, Frau Tausend. Herr Dr. Böhm, bitte noch einmal.

Dr. Ernst Böhm (bbs): Vielen Dank. Lassen Sie mich eingangs sagen: Es gibt vier Dinge, die man versuchen sollte, unter einen Hut zu bringen. Wir



alle wollen weniger CO₂ ausstoßen, wir alle wollen weniger Fläche verbrauchen, wir wollen alle, dass es zügig geht und nicht zuletzt muss es bezahlbar bleiben. Die Erfahrung bisher ist: Wenn man mit Holz baut oder wenn man innovativ bauen will – wir sind vor allem im sozialen, im bezahlbaren Wohnungsbau unterwegs, im Geschosswohnungsbau – ist das Thema „bezahlbar“ überragend wichtig. Sieht man rückwärts, muss man feststellen, dass der Holzbau etwa 10 Prozent teurer war, als klassisch zu bauen. Das ist aber nicht die Zukunft. Ich darf Bezug nehmen auf Herr Professor Dr. Köster. Der deutsche Maschinenbau und die Digitalisierung werden ermöglichen oder haben schon ermöglicht, dass in der Zukunft der Holzbau nicht teurer ist als das klassische Bauen. Gelegentlich gibt es da noch Skepsis. Aber an die Kommunalpolitiker: Schreiben Sie 1 000 Wohnungen aus, schreiben Sie es technologieoffen aus, und ich bin eigentlich ganz sicher, dass der Holzbau zumindest gleichwertig ist, wenn nicht sogar preislich im Vorteil. Das wäre mir wichtig. Darüber hinaus scheint mir noch wichtig, dass wir nicht nur bei dem Baustoff, sondern auch bei der Konstruktion andere Wege gehen. Wir haben ein vielbeachtetes Forschungsvorhaben mit der TU München gemacht. Wir haben ein Haus aus Beton gebaut, ein Haus aus Ziegel gebaut und ein Haus aus Holz gebaut, um die graue Energie und auch Energie im Betrieb festzustellen. Hier scheint uns ganz wichtig: Technik reduzieren, Verbundwerkstoffe reduzieren, Konstruktionen reduzieren. Das Schlagwort wäre: Innovation durch Reduktion.

Vielleicht darf ich das sagen: Wir leben ja von Reparaturen. Wir machen im Jahr etwa eine Million Reparaturen. 850 000 beziehen sich auf die technischen Gewerke. Herr Walberg weiß auch: Dort liegen die Kosten. Neben dem Baustoff ist vor allem die Konstruktion wichtig. Ich darf Ihnen ganz am Ende vielleicht zwei Bilder zeigen. Und das Weitere, das Herr Professor Dr. Köster angesprochen hat: Maschinenbau, Building Information Modeling. Was dem entgegensteht, ist das Prinzip der gewerkweisen Ausschreibung. Wenn ich ein Produkt auf 30 Teile aufteile, ist es ganz schwierig, Vorteile zu erwirken. Wenn eine Kommune ein Fahrrad oder ein Auto kauft, kommt ihnen ja auch nicht die Idee, 30 Einzelteile auszuschreiben und der örtliche Bauhof fügt es dann zusammen. Das wären aus meiner Sicht zwei Aspekte, die überragend wichtig sind: technikreduziert und wenn,

dann technikzentriert und ganzheitliche Betrachtungsweise. In dem Fall wird der deutsche Maschinenbau die Bauwende unterstützen können. Zum Abschluss würde ich Ihnen gerne drei oder vier Bilder aus meiner Stellungnahme zeigen (Ausschussdrucksache 19(24)267-B). Das sind Schweizer Bauernhöfe aus dem 16. Jahrhundert – unten Stein, oben Holz, wenig Technik, funktionieren perfekt. Das zweite Bild, bitte. Links sehen Sie eine klassische Deckenkonstruktion. Elf Baustoffe sind miteinander untrennbar verwoben – das ist sicher Sondermüll. Rechts der Ansatz der TU München: Zwei Baustoffe, einfache Konstruktion.

Das dritte Bild ist ein Schaubild nach Herrn Walberg. Das sind 35 Beteiligte. Das ist das Minimum an Beteiligten im Bauprozess. Auch hier wäre eine Reduzierung der Komplexität und der Bürokratie ein großer Vorteil.

Zum Abschluss noch ein praktisches Beispiel, das sich immer mehr durchsetzt: Das Bild zu den Parkplatzüberbauungen. Hier sehen Sie ein vielbeachtetes Beispiel, weil auch die widerstreitenden Interessen bei der Nutzung der knappen Flächen in den Städten auf der Hand liegen. Ich meine, man sollte sich auf Parkplätze fokussieren. Ich gehöre zu denen, die sie nicht gleich ganz auflösen wollen, aber man kann darüber bauen. So habe ich einen Vorteil – sofort sehr günstige Flächen ohne weitere Erschließungsaufwendungen – und dennoch bleiben, zumindest für eine Übergangszeit, die Parkplätze noch erhalten. In diese Richtung könnte es gehen und hier könnten wir schnelle Fortschritte erzielen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Danke schön, Herr Dr. Böhm. Das spricht mich als Architektin direkt an. Bei so einfachen Details ist es wunderbar, aber die Frage ist immer: Was ist mit Schallschutz, Trittschutz, Wärmebrücken? Aber das können wir jetzt hier nicht erörtern. Wir gehen weiter in der Fragerunde. Das wäre als Nächster Herr Reinhold.

Abg. Hagen Reinhold (FDP): Frau Vorsitzende, mich als Bauunternehmer hat vorhin das vorgelegte Leistungsverzeichnis von Herr Pakleppa angesprochen. Damit setze ich mich ja täglich auseinander – mir solche Texte durchlesen zu dürfen. Das fand ich so gut. Erste Frage geht an Herrn Basten und zwar reden wir auch von Recycling, Wiederverwendung, Urban Mining. Das ist in den Anträgen



angesprochen. Da meine Frage: Ich habe das Gefühl, die Baustoffe der Vergangenheit, zumindest der letzten 100 Jahre, sind vielleicht nicht die Baustoffe der Zukunft. Damit meine ich nicht unbedingt Holz und Stein, was gerade gezeigt wurde. Aber ich habe schon das Gefühl, aufgrund der Anforderungen, die wir an Gebäude stellen, sind viele Materialien darin, die wir die letzten 100 Jahre noch gar nicht gebraucht haben. Wenn wir uns insgesamt die Kreislaufwirtschaft in Deutschland anschauen, dann höre ich eher: Selbst wenn wir 100 Prozent recyceln, haben wir nur 10 Prozent der Roh- und Grundstoffe, die wir eigentlich in der jetzigen Zeit brauchen würden, weil die in der Vergangenheit schlicht nicht verbaut wurden.

Herr Basten, selbst wenn wir hohe Recyclingquoten erzielen, schaffen wir es überhaupt Materialien zu gewinnen, die wir in Zukunft brauchen, oder sehen die Baustoffe der Zukunft völlig anders aus? Recycling wird eher eine Nische sein, ich meine jetzt nicht so sehr mineralische Recyclingstoffe, sondern andere Stoffe, die wir im Bau verwenden. Das schließt auch eine Frage mit ein, die sich mir stellt, wenn ich sehe, was wir in den letzten Jahren am Boden machen: Überall, wo wir in Deutschland zufällig ein Gebäude auf diese Erdscheibe stellen, fangen wir an, Millionen Kubikmeter Boden auszuheben und neuen einzubauen. Ob das so ressourcenschonend ist? Ich wage das zu bezweifeln.

Die zweite Frage, kurz, geht an Herrn Walberg. Sie sagen: Langlebigkeit Rohbau – da sind wir uns alle einig –, Kurzlebigkeit der Technik und der Ausbauten. Ich als Bauunternehmer schraube, klebe und düble noch sehr viel. Herr Dr. Böhm hat es gerade anschaulich am Deckenanschluss gezeigt. Das wirkt nicht so sehr, als wenn man das modular auch verwenden kann, den langlebigen Rohbau nutzen kann in nächster Zukunft. Wir sind ja jetzt Gesetzgeber. Was spricht eigentlich im Baurecht dagegen? Was müssten wir eigentlich politisch machen, damit wir das überhaupt ermöglichen? Wie kann man langlebige Werkstoffe erhalten, meinetwegen auch mit Ihrem Fußabdruck, den sie schon hinterlassen haben, zum Beispiel Stahlbeton-Skelettbau, ob es jetzt ein Hotel, ein Einkaufszentrum ist, und trotzdem unter dem Gesichtspunkt des ressourcenschonenden Bauens neue Nutzungen möglich machen?

Die **Vorsitzende**: Danke schön. Also, fangen wir mit Herrn Basten an und dann nochmals Herr Walberg.

Michael Basten (bbs): Vielen Dank für die Frage. Ich habe ja schon darauf hingewiesen: Für die mineralische Roh- und Baustoffindustrie ist Recycling das Thema. Wir sehen hier durchaus noch Potenziale, etwa beim Betonbruch, auch bei anderen Baustellenabfällen, beim Bauschutt, Straßenaufbruch. Das ist eigentlich eine Sache, die sowieso in sich rund läuft. Wir werden den Anteil steigern können. Der liegt im Moment bei 12 bis 13 Prozent. Wir sehen – das sind jetzt nicht Berechnungen von uns, sondern von der FU Berlin im Zuge des ProgRess (Deutsches Ressourceneffizienzprogramm) II und ProgRess-III-Prozesses – weiteres Material allein an Betonbruch für den Hochbau in einer Größenordnung von sieben bis elf Millionen Tonnen pro Jahr. Das soll ausgeschöpft werden. Da wird natürlich auch viel geforscht, wir haben die Arbeiten des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton. Hier sind auch noch ein paar aktualisiert worden, also da tut sich viel. Insofern ist der Recyclingbaustoff, das Recycling mit den bisherigen Materialien für uns ein ganz wichtiger Punkt.

Ich sehe da auch in der Kombination von Baustoffen – wenn Sie in die Zukunft gehen – noch sehr viel Potenzial. Es ist vorhin zurecht darauf hingewiesen worden, dass der deutsche Anlagenbau im Bereich der Fertigung von Bauhölzern weltweit führend ist. Das kann man natürlich für die mineralische Roh- und Baustoffindustrie genauso sagen, wenn man etwa an Zementwerke denkt. Da braucht es viel Technik, viel technologisches Wissen, in Deutschland. Eine Innovation, die sicherlich ganz faszinierend ist, ist der 3D-Druck. Die Materialien, die Sie dafür brauchen, sind unter anderem Beton. Dafür gibt es auch entsprechende Zement- und Betonrezepturen – wirklich hoch innovativ. Das gilt aber natürlich auch für weitere Baustoffe, wenn Sie an gedämmte Ziegel und ähnliche Materialien denken. Ich mache mir eigentlich um die mineralischen Bodenbaustoffe keine Sorge. Die werden gebraucht, in welcher Form auch immer, für alle Bauweisen – ob es der klassische Massivbau ist, ob es der Leichtbau ist, oder aber auch ob es die Hybridbauweise ist. Ich glaube, wenn man sich darauf verständigen könnte, das Innovationspotential aller Baustoffe – nochmals Stichwort 3D-Druck – auszuschöpfen, kommt man sicherlich auch in Richtung Bauweise ein Stück weiter.

Die **Vorsitzende**: Danke schön. Jetzt haben wir noch Herrn Walberg.



Dietmar Walberg (ARGE e.V.): Ich hatte eine kurze akustische Senke, Herr Reinhold. Es ging Ihnen am Schluss in der Frage um das Thema Leistungen von Umnutzungen, Umbau, richtig? Hatte ich das richtig verstanden? Alles klar. Sie haben es etwas kompliziert eingeleitet mit dem Thema Technik und Kosten für Technik und Lebensdauer von Technik. Das ist ja eines unserer Hauptprobleme, wenn man die Kostenentwicklung im Bauen anguckt: Die technischen Gewerke sind in den letzten Jahren über 170 Prozent teurer geworden. Wenn ich das alles beim Gesamtgebäude umrechne, habe ich eine Nutzungsdauer, die mittlerweile bei unter 40 Jahren liegt und das konterkariert mindestens auch die Bemühungen, das in irgendeiner Form in Abschreibungsrecht und so weiter einzuführen. Also, Technik und Vereinfachung, das ist schon eines unserer Hauptthemen. Ich habe ein bisschen was zum Thema der Potenziale von Wohnraumschaffung geschrieben. Wir sehen ein hohes Potenzial, völlig richtig. Herr Dr. Böhm hat wunderbare Beispiele dieser Aufstockung gezeigt. Das gilt aber eben auch für die Gewerbeumnutzung, also Umnutzung leerstehender Büroflächen. Die soll man nicht nur eins zu eins in Wohnungen umbauen, völlig richtig. Wir müssen uns überlegen, wie Wohnungen der Zukunft aussehen – dass sie flexibel sind und all diese Themen. Aber dazu bedarf es eines ganzen Straußes von Erleichterungen. Wir verschmelzen unterschiedliche Immobilienmärkte miteinander, die ganz anders ticken – Wohnungsbau, 80 Jahre und so weiter, Gewerbeimmobilien, kürzere Abschreibungszeiten und so weiter. Das passt erst einmal gar nicht zusammen. Ich muss steuerliche Anreize setzen, zum Beispiel eine Sonder-AfA. Ich bin kein Steuerfachmann, aber das wäre etwas. Und wir müssen ins Ordnungsrecht und ins Baurecht hinein. Dort, wo Gewerbeimmobilien leer stehen, wo Wohnungsbau entstehen könnte, ist möglicherweise bisher Wohnungsbau gar nicht möglich. Aber man kann da Erleichterungen schaffen. Gucken Sie sich die Hamburger HafenCity an. So etwas wäre vor 20 Jahren überhaupt nicht möglich gewesen. Da hätte jeder Mieter, der da einzieht, den gesamten Hafenbetrieb stilllegen können, weil er gesagt hätte: „Lärmschutz! Hafen, hör mal auf hier. Ich wohne hier, will meine Ruhe haben.“. Also hat man Erleichterungen geschaffen, das Hamburger Fenster erfunden, Definitionen von Lärmschutz und so weiter. Da muss den Kommunen auf die Sprünge geholfen werden. Da muss man sich auch über die

Frage der Potenziale im Klaren sein. Gewerbeflächen werden in Deutschland nicht gezählt. Es gibt überhaupt keine fundierte Erkenntnis, wie viele wir eigentlich haben und vor allem nicht, wie viele davon leer stehen. Da muss man die Kommunen vielleicht in die Lage versetzen, Potenzialanalysen anzustellen und vor allen Dingen baurechtliche Erleichterungen zu schaffen. Öffentliches Planungsrecht muss erleichtert werden und, und, und. Da muss man eine Welle anstoßen, dann glauben wir, dass man da Potenziale frei gibt, die deutlich günstiger sind, als reine Aufbauten auf Dachgeschossen und vor allen Dingen als der Umbau von alten Wohngebäuden. Das ist im Prinzip Anpassung an die Zukunft – immer noch die teuerste Form Wohnraum zu schaffen.

Die **Vorsitzende:** Herr Walberg, Danke schön für Ihr Statement. Ich will aber den anderen auch noch die Gelegenheit geben, ihre Minuten auszuschöpfen. Wir haben noch zwei Fraktionen, die gerne sprechen würden. Das ist einmal die Fraktion DIE LINKE. – Frau Lay wäre die nächste – und dann noch einmal die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Lay, Sie haben das Wort.

Abg. Caren Lay (DIE LINKE.): Vielen herzlichen Dank. Meine zweite Frage geht an Professor Roswag-Klinge und an Professorin Hillebrandt und zwar geht es mir jetzt auch noch einmal um die Frage der sozialökologischen Transformation der Städte. Wir haben ja eine doppelte Krise, also die ökologische und auch die soziale. Wie kriegen wir das in den Griff? Da spielt das Thema „Spekulation“ eine große Rolle. Sie haben beide auch das Thema „Spekulation“ in Ihren Statements angerissen und ich würde Sie bitten, darauf einzugehen, wie Spekulation begrenzt werden muss und welche Rahmenbedingungen geändert werden müssten, um nachhaltiges Bauen auch im Bestand voranzubringen, anstatt eines bedingungslosen „Bauen, Bauen, Bauen“ im Neubau.

Die **Vorsitzende:** Danke schön, Frau Lay. Also, Herr Professor Roswag-Klinge und dann Frau Professorin Hillebrandt.

Prof. Dipl.-Ing. Eike Roswag-Klinge (TU Berlin): Ich möchte ganz kurz Ottmar Edenhofer zitieren, aus seiner Klimaökonomie: „90 Prozent des Kapitals liegt in vier Prozent der Bevölkerung.“. Die Spekulation mit Bauland spitzt das Kapital in Deutschland massiv zu. Wir müssen – und das ist



auch seine zweite These aus diesem Buch – dieses Kapital abschöpfen und dann, sagt er, haben wir Unmengen Geld, um die Städte umzubauen. Wenn sich die Städte des Bodens wieder bemächtigen, werden wir den Klimawandel, Straßenumbau, alles was wir brauchen, ohne Probleme machen. Wir dürfen nur dieses Geld nicht in diese Spitze der – in den meisten Fällen – internationalen Investoren geben. Ich denke auch, wir müssen im nächsten Schritt das Wohnen der Spekulation entziehen. Das wird nur gehen, indem wir sehr viel öffentliches Wohnen, öffentlichen Wohnungsbau haben, indem wir Genossenschaften fördern, die kostenorientiert arbeiten, und indem wir nicht das Eigentum weiter fördern, weil alle Kleinanleger ja auch mitspekulieren. Die verspekulieren sich nur, weil die Spitze den großen Teil vom Kuchen abkriegt. Von daher muss das Gemeinwesen klarer darauf blicken und muss das Wohnen zum Gemeingut machen und der Spekulation entziehen.

Der nächste Schritt, der auch ganz wichtig in die Kosten hineinspielt, ist, dass wir bei der bestehenden Infrastruktur bleiben müssen. 30 bis 40 Prozent oder 30 bis 50 Prozent der Investitionen liegen im Boden. Das macht die Stadt, das macht nicht der Investor. Dieses Geld ist verbuddelt und auf diesem Netz müssen wir bleiben. Wir dürfen nicht weiter in die Natur gehen. Das ist sowieso quasi nicht mehr möglich, weil wir nicht weiter die Natur zubetonieren dürfen. Wir müssen aber vor allem die bestehenden Ressourcen der Infrastruktur nutzen, auf denen verdichten, damit auch Kosten sparen, weil wir nicht in die Infrastruktur investieren müssen, und wir müssen an dieses Riesenproblem des Bestandes ran. Wir müssen alle Investitionen, die wir tätigen, unbedingt in den Bestand lenken, um das Problem des Bestandes zu lösen. Am Ende müssen wir nicht weniger bauen, sondern mehr bauen, um den Bestand in den Griff zu kriegen. In der Transformation, in der Verdichtung, ist das viel kleinteiliger und weniger einfach, aber da müssen wir hin, um dann quasi in diesen Strukturen wirtschaftliche Wohnmodelle und wirtschaftliche Arbeitsräume zu schaffen.

Ein ganz wichtiger Punkt ist, dass wir die Lebenszykluskostenanalyse einführen, weil alle, auch die öffentliche Hand, investieren auf Investitionskosten und verschieben die laufenden Kosten an die Kinder und Enkelkinder. Wir müssen unbedingt die

Lebenszykluskosten einführen. Wir können am Anfang etwas besser Geld in die Gebäude investieren, um langfristiger viel günstiger zu werden. Dazu gibt es schöne Rechnungen. Diesen Schritt müssen wir gehen.

Vielleicht sind mir dann doch drei sehr politische Forderungen am Ende gegönnt. Ich glaube, wir müssen das Planungsrecht, wir müssen das Baurecht revolutionieren. Wir müssen vor allen Dingen beschleunigen, wenn ich bedenke, dass wir heute die Stadt bauen, die vor 10 Jahren geplant wurde, weil die Vorläufe so lang sind. Denn ich weiß, dass eine Schraube 10 Jahre braucht, bis sie im Brett an der Wand endet, bis sie durch die Forschung ist und dann auf dem Markt ist. Dann wird die Schraube nicht mehr gebraucht, weil wir dann neue Schrauben brauchen. Wir müssen beschleunigen und das wäre meine Forderung. Vielleicht ist das ja auch etwas, was Herr Professor Dr. Schellnhuber mit ins europäische Bauhaus nehmen kann. Wir brauchen Reallabore, in denen wir absenken können, in denen wir Risiko gehen können, unter Schutz, mit wissenschaftlichem Background. Wir müssen Grenzen von gesetzgeberischen- und DIN-Normen geregelt absenken können. Das kann die Digitalwirtschaft. Das muss auch die Bauwirtschaft können. Wir brauchen Sprunginnovationen, sonst kommen wir nicht vorwärts und ich glaube, wir sollten auch fünf Prozent echte Innovation oder netto fünf Prozent Experiment im öffentlichen Bauen machen, das muss ankommen.

Die **Vorsitzende**: Danke schön. Ich glaube, das waren jetzt am Schluss mehr als drei Forderungen, wenn ich richtig mitgezählt habe. Aber Ihre Kollegin will vielleicht auch noch antworten. Frau Professorin Hillebrandt, bitte.

Prof. Dipl.-Ing. Annette Hillebrandt (Uni Wuppertal): Ich kann mich in ganz vielen Dingen dem Kollegen anschließen. Ich möchte nur noch einmal ein bisschen mehr auf diese Sozialverträglichkeit innerhalb der folgenden Generationen eingehen. Wir müssen sehen, dass wir da eben nicht weiter auf Kosten der zukünftigen Generationen leben. Deshalb ist diese Lebenszykluskostenbetrachtung tatsächlich von entscheidender Wichtigkeit. Wir können mittlerweile messen – dafür haben wir ein Werkzeug entwickelt – wie viel Abfall in einer Neubauplanung drin sein wird und wie viele Entsorgungskosten uns das kosten wird, wie viele – im



Gegenteil – gute sekundär Rohstoffe oder im Kreislauf erzeugte Hölzer auch schon drin sind. Wir können dazu auch den CO₂-Footprint ausweisen. Mit anderen Worten: Wir haben mit dem Urban Mining Index – so heißt das – ein Werkzeug an der Hand, mit dem wir sagen können, welches Gebäude wirklich generationengerecht ist, keinen Abfall oder möglichst wenig Abfall für die Folgegeneration hinterlässt und welches Gebäude das nicht tut. Da sind wir schon mittlerweile. Dieses Werkzeug ist noch nicht so alt, erst ein halbes Jahr, aber wir können das machen. Wir müssen natürlich jetzt sehen, dass diese soziale Frage nicht nach dem Motto endet: „Ja, wir brauchen ganz viele billige neue Wohnungen und billig ist dann immer Plastik und Kunststoff.“ Das sind die Baustoffe, die uns den Hals brechen. Dieses Verkleben von Wärmedämmverbundsystemen ist ein Riesenproblem. Diese Vermischung von Kunststoffen – das Mikroplastik ist überall – ist ein Riesenproblem und wir haben da Quersubventionierungen, die abgeschafft werden müssen, weil Erdöl da irgendwie gefördert wird und auch die Zementindustrie teilweise quer gefördert wird. Um eine Bauwende gesund zu gestalten, müssen wir jetzt diese nachwachsenden und auch schadstofffreien Werkstoffe und Baustoffe fördern. Das ist extrem wichtig.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Jetzt haben wir als letzten Herrn Kühn.

Abg. Christian Kühn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine letzte Frage knüpft ein Stück weit an die Statements in der vorgehenden Fragerunde an. Es ist erwähnt worden: Auf europäischer Ebene ist diese Frage ja schon sehr viel weiter als auf der nationalen Ebene. Ursula von der Leyen hat mit dem europäischen Bauhaus, auch über das Bauhaus der Erde und gerade auch die Initiative von Herr Professor Dr. Schellnhuber, einen sehr starken Impact in der gesamten Baubranche gehabt. Alle die sich mit Bauen, und Klimaschutz, und Wohnen beschäftigen, haben sich in den letzten Monaten dazu positioniert. Meine Frage wäre jetzt: Was kann Deutschland beitragen, um dieses europäische Bauhaus zu einem Erfolg zu bringen? Die Frage würde ich noch einmal gerne an Frau Professorin Hillebrandt und an Herrn Professor Dr. Schellnhuber stellen. Was glauben Sie, sind dort die wichtigen Bausteine, die Deutschland einbringen kann, damit das europäische Bauhaus und diese Idee, die wir bei der Bauwende heute hier verhandelt haben, auch wirklich

zu einem europäischen Projekt werden, das den Kontinent stärkt und uns auch ein Stück weit aus der Klimakrise herausführt?

Die **Vorsitzende**: Frau Professorin Hillebrandt, Sie haben das Wort.

Prof. Dipl.-Ing. Annette Hillebrandt (Uni Wuppertal): Was können wir beitragen? Ich denke, wir müssen erst einmal mit gutem Beispiel vorangehen. Das ist für Deutschland mittlerweile wirklich einmal angesagt. Wir sind eben nicht Recyclingweltmeister, wir tun manchmal nur so. In vielen Dingen tun wir nur so, als ob, und wir müssen da jetzt ernsthaft herangehen und uns auch erneuern. Ich kann mir vorstellen, dass wir solche Innovationschübe brauchen, dass wir zum Beispiel sagen, wir führen jetzt erst einmal das Kreislaufwirtschaftsgesetz durch, hier §§ 23 und 25, und sagen, dass keine Neuzulassungen mehr für Bauprodukte kommen, die nicht schadstofffrei sind oder die nicht recycelbar sind. Das steht ja schon drin. Das können wir ja morgen umsetzen und dann haben wir schon einen Riesenschritt in die Zukunft getan, auch um die Planer zu entlasten, die ja sonst leider immer wieder auf schlechte Materialien oder schadstoffhaltige Materialien zurückgreifen müssen. Weiterhin finde ich, dass wir auch diese Sekundärstofffragen angehen müssen. Dass wir mit gutem Beispiel vorangehen und sagen: Wir wollen mehr Sekundärrohstoffe in unseren Bauprodukten. Denn wir haben ein riesiges Materiallager, wahrscheinlich das größte in Europa, und da müssen wir in der Forschung und auch in der Umsetzung hineingehen. Das fände ich auch extrem wichtig.

Das können wir natürlich auch noch einmal in die Zukunft denken. Wir können sagen: Wir brauchen einen Innovationsschub Richtung Bauprodukte, indem wir sagen: Wir lassen jetzt nur noch ein Bauprodukt zu, wenn es zum Beispiel weniger CO₂ produziert oder emittiert als ein vorhergehendes. Wir lassen das nächste Bauprodukt nur noch zu, wenn es weniger Schadstoffe hat, als das vorhergehende. Wir sollten dann wirklich versuchen zu sagen: Wenn das neue Produkt auf dem Markt ist, endet auch nach meiner Meinung drei bis fünf Jahren die Zulassung des alten. Und dadurch können wir unsere Wirtschaft bewegen. Ich glaube auch, wir müssen es nur ein bisschen erzwingen, weil das Wissen ja da ist. Ich bin mir ganz sicher, wir können das alles. Wir müssen nur ein bisschen getriggert werden, um das auch zu machen.



Die **Vorsitzende**: Danke. Herr Professor Dr. Schellnhuber, bitte.

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Joachim Schellnhuber

(PIK): Danke für die Frage. Im Englischen würde man, dadurch dass Ursula von der Leyen diese Diskussion zum neuen europäischen Bauhaus ausgerufen hat, sagen: This is a golden opportunity, um die ganze Branche in ein Narrativ, in einen Diskurs, europaweit einzubinden und zwar eben nicht, wie es damals vor 40 Jahren mit den erneuerbaren Energien war oder vor 20 Jahren mit der Mobilitätswende, sondern sich jetzt zeitgerecht einzubringen in diese Debatte, um entsprechende Innovationen zu generieren. Ich würde strategisch empfehlen – wir sprechen hier als Sachverständige mit dem Parlament, mit dem Souverän der politischen Willensbildung: Das Parlament sollte ein klares Signal setzen, dass Deutschland als das einflussreichste Land in der Europäischen Union diesen Diskurs unterstützt, natürlich sich auf die Ausschreibungen bewirbt, Demonstrationsprojekte fördert und so weiter. Auch weil Deutschland, meiner Ansicht nach – und inzwischen habe ich mit sehr vielen Mitgliedern der Branche gesprochen – mit am meisten davon profitieren kann. Wir sind hoch innovativ, wir haben die richtigen Rohstoffe zur Verfügung, wir können Kreisläufe schließen und wir können uns auf Weltklasseniveau beteiligen, nicht nur am Diskurs, sondern auch bei der Umsetzung der Bauwende. Für mich ist das eine einzigartige Möglichkeit. Und noch einmal: Die beiden Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP haben eine große Schnittmenge. Wir können unser Land voranbringen, wenn wir diese Schnittmenge nutzen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ich danke Ihnen allen als Sachverständige, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben, den Kollegen für Ihre Fragen, den Zuhörern. Ich hoffe, es war für Sie genauso effizient wie es für uns war. Damit würde ich gerne unsere 72. Sitzung schließen und die Kollegen aufrufen, sich in die 73. Sitzung neu einzuwählen. Also, noch einmal herzlichen Dank, dass Sie da waren und dass wir das auch so punktgenau geschafft haben. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 12:02 Uhr

Mechthild Heil, MdB
Vorsitzende